

Protestkundgebung am 17. November 2021

Sperrfrist: Mittwoch, 17.11.2021, 11.30 Uhr

Gabriel Cuany, Pensionierte der Post CH

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Cirillo,
liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Brief vom 28. September 2021, der uns über die Aufhebung der Personalgutscheine für die Rentnerinnen und Rentner informierte, kam äusserst überraschend! Beim Lesen dieses Briefs waren wir fassungslos, irritiert und empört über die Argumente, mit dem dieser Entscheid gerechtfertigt wurde.

Bisher hatten wir das Gefühl, zu einer grossen solidarischen Familie zu gehören, die dieselben Werte teilt. Dann aber diese Sätze. Ich zitiere: «Die für die Vergünstigungen verfügbaren Mittel will die Post künftig vor allem für die aktiven Mitarbeitenden einsetzen. Dies trägt dazu bei, für bestehende und benötigte neue Fachkräfte als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben.» Diese Sätze haben uns empört. Kurz gesagt: Alles für die aktiven Mitarbeitenden und nichts für die Pensionierten!

Grundsätzlich versucht eine Familie doch, ein Gleichgewicht zu wahren, und nicht, ihre Mitglieder gegeneinander auszuspielen. Mit ihrem Entscheid führt die Post unnötigerweise eine Spaltung zwischen Aktiven, Pensionierten und Generationen herbei. Aus menschlicher Sicht ist diese Strategie inakzeptabel. Sie führt zwangsläufig zu Spannungen und Konflikten! Wenn man ein soziales Unternehmen sein will, muss die Geschäftsführung sozial sein, auch gegenüber den Pensionierten. Sozial sein bedeutet nicht, ungleich zu sein, sondern sich um das Wohlergehen aller zu sorgen!

Das finanzielle Argument, wonach die Schweizerische Post ihre Ausgaben beschränken muss, gilt nicht. Ihre Finanzlage ist mit einem Gewinn von rund 178 Millionen im Jahr 2020 gesund! Weshalb wird den Pensionierten also das Wenige, das sie erhalten, genommen? Angesichts der milliardenschweren Post-Bilanz handelt es sich um eine bescheidene Summe. Diese Diskrepanz ist ebenso schockierend wie unverständlich.

Ausserdem wird diese Aufhebung der Personalgutscheine zu einem Zeitpunkt angekündigt, der Fragen aufwirft. So wird Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller sein Amt demnächst abgeben. Am 1. Dezember wird Christian Levrat seinen Platz einnehmen. Wir befinden uns also am Punkt, wo sich die Wege eines Präsidenten der Mitte und eines künftigen sozialdemokratischen Präsidenten – und früheren Präsidenten unserer Gewerkschaft – kreuzen. Es liegt auf der Hand, daraus zu schliessen, dass der Entscheid zum passenden Zeitpunkt kommt! Und es liegt ebenso auf der Hand, anzunehmen, dass Christian Levrat die Aufhebung der Gutscheine für die Pensionierten nicht gutheisst.

Herr Cirillo, viele Kolleginnen und Kollegen sind empört über Ihren Mangel an Empathie. Wir Pensionierten haben uns tatkräftig für die Post eingesetzt und mitgeholfen, dem Unternehmen sein Image und den heutigen Erfolg zu verschaffen. Wir fordern keine Almosen, aber eine gerechte Anerkennung der geleisteten Arbeit und Solidarität uns gegenüber.

Wenn Sie auch in Zukunft fair sein und darauf zählen wollen, dass die Pensionierten die Post in der Öffentlichkeit unterstützen, sollten Sie diesen unglücklichen Entscheid rückgängig machen und Ihren ehemaligen Mitarbeitenden die bescheidenen 200 Franken-Gutscheine jährlich weiter gewähren! Damit würden Sie unser Vertrauen wiedergewinnen und uns das Gefühl zurückgeben, zum selben Unternehmen wie Sie gehört zu haben!

Zum Abschluss möchte ich René Lévesque zitieren, der von 1976 bis 1985 Premierminister der kanadischen Provinz Québec war. «Ungleichheit bedeutet ein ständiges Risiko der Verachtung» («L'inégalité, c'est le risque permanent du mépris»)

Ich wiederhole: «Ungleichheit bedeutet ein ständiges Risiko der Verachtung»